

Das Wörtermachen nimmt den Deutschen keiner ab!

Kurt Gawlitta

**aus: Festschrift 10 Jahre Verein Deutsche Sprache
Eine Stimme für unsere Sprache
IFB Verlag 2007**

Manche Äußerung aus dem Verein Deutsche Sprache erinnert an eine Flagge mit weißem Adler auf weißem Grund. Wir seien ja nicht prinzipiell gegen Wörter aus dem Englischen, heißt es verlegen, lediglich gegen die „überflüssigen“ Anglizismen wendeten wir uns. Ein schwächeres Argument gibt es kaum. Ein allgemeingültiger Maßstab, wann fremde Anleihen überflüssig sind, existiert nämlich nicht, sondern wird von jedem anhand der eigenen Interessen anders beurteilt. Nicht aus Not verwenden die Werbewirtschaft und die Konzernwirtschaft angloamerikanische Wörter, sondern weil sie genau diese Wörter wollen und weil sie deutsche Wörter nicht mehr wollen.

Sprachliche Fremdbestimmung

Wir dürfen uns in unseren Beschwerdeschreiben, Streitschriften, Vorträgen usw. nicht das Heft aus der Hand nehmen und selbst unter Begründungszwang setzen lassen, weshalb wir denn in Deutschland an der deutschen Sprache festhalten wollten. Wir haben uns schon zu sehr an den verquerten Zustand gewöhnt, dass maßgebliche Kreise die Menschen in unserem eigenen Land ihrer Sprache berauben und sie mit einer fremden überziehen wollen. Es bedeutet Entmündigung, wenn man andere mit ihren Wörtern für einen sprechen lassen muss. Im Allgemeinen müsste derjenige, der das Ungewöhnliche zum Normalfall erheben will, dafür die überzeugenden Argumente liefern. Gegen den Willen der Mehrheit der Bürger – alle Publikumsbefragungen belegen das – sind große und mächtige Interessengruppen mit Eifer dabei, die sprachliche Fremdbestimmung einzuführen. Dafür müssten sie eigentlich als überzeugende Rechtfertigung eine demokratische Legitimation besitzen. So haben Großunternehmen wie Telekom, Siemens, Daimler, aber auch die mit Steuergeldern subventionierte Deutsche Bahn beschlossen, mit den Bürgern nicht mehr in ihrer Sprache zu reden, sondern sie zu zwingen, sich der Sprache der e i n e n Supermacht zu unterwerfen. Sie nennen es Globalisierung, Internationalisierung und Völkerverständigung, aber manchmal auch deutlicher: Börsenwert, Rationalisierung, Betriebsauslagerung und Stellenabbau. Deshalb übersetzen sie angloamerikanische Wörter prinzipiell nicht mehr. In einer Art Gehirnwäsche hauen sie die importierten Wörter den Bürgern und Konsumenten solange um die Ohren, bis diese die „flatrates“ zwar immer noch nicht verstehen, sie notgedrungen aber selber gebrauchen.

Einstellung der Bürger

Ein Land, welches die vielen neuen Dinge und Erscheinungen der Welt nicht mehr mit den Ausdrucksmöglichkeiten der eigenen Sprache bezeichnen will, wird am Ende aufgehört haben, eine Sprachgemeinschaft zu sein. Ob intelligente Bürger, wenn sie denn aufgewacht sein werden, noch eine Chance haben, die fremdbestimmten Eliten im eigenen Lande zu veranlassen umzudenken, kann man schwer sagen. Schließlich ist den Bürgern in unserem politischen System längst die Macht entglitten, über so bedeutsame gesellschaftliche Ressourcen wie die Arbeit in demokratischer Selbstbestimmung zu entscheiden. Die Landessprache hat in den Augen der meisten Bürger keine vergleichbare lebenserhaltende Bedeutung wie die Arbeit. Diese Menschen handhaben ihre Sprache auf einer instinktiven, quasi reflexhaften Ebene. Lediglich zahlenmäßig kleine intellektuelle Eliten begreifen,

welchen überragenden Wert in einem Land die gemeinsame Sprache für Kommunikation, Kreativität, Selbstvergewisserung und die Fähigkeit, solidarisch politische Krisen zu bewältigen, darstellt. Eine politische Mobilisierung der Bürger im großen Stil aufgrund bloßer Einsicht in den Wert von Sprache, ihre individuelle und gesellschaftliche Bedeutung, ist nicht zu erwarten. Also muss eine Organisation wie der Verein Deutsche Sprache (VDS) die Rolle übernehmen, die deutsche Gesellschaft wieder auf den Weg der sprachlichen Selbstbestimmung zurückzulocken. Vielleicht werden spätere Generationen schärfer, als wir heute es vermögen, erkennen, wie dringend erforderlich die Gründung des Vereins 1997 war, und begrüßen, dass er im historisch genau passenden Moment, einige Jahre nach der Wiedervereinigung, auf der Bildfläche erschien. Die Rolle als „selbsternannter Retter“ der deutschen Sprache, wie seine Gegner verächtlich sagen, füllt er nicht schlecht aus, wenn man bedenkt, dass man heute schon über die Situation der deutschen Sprache öffentlich nachdenken kann, ohne als Nationalist oder Faschist beschimpft zu werden. Und es wird zunehmend öffentlich nachgedacht! Das bösertige Faschismusargument gegen die Verteidigung der Landessprache konnten die Globalisierer übrigens nur in Deutschland und Italien anwenden, um jegliche Debatte durch Errichtung eines Tabus zu verhindern. In Frankreich hat dies nie funktioniert.

Rolle des Vereins Deutsche Sprache

Leider besitzt der VDS nicht genügend Ansehen und Macht, um den Propagandisten des Globalesischen wirkungsvoll in den Arm zu fallen. Dabei mag die Erkenntnis einer ehemaligen Regionalvorsitzenden eine gewisse Rolle spielen, dass man „mit Männern über 50 keine Revolution machen kann“. Obwohl es das strategische Ziel Nr. 1 sein müsste, das Thema Deutsche Sprache mit dem Namen und den Zielen des VDS politisch neu zu besetzen und die Phase des Abwiegelns und Schönredens der traditionellen Sprachorganisationen zu überwinden, gehen etliche Mitglieder mit einer gewissen Ängstlichkeit auf die Öffentlichkeit zu. Sie starten z.B. Initiativen, wo der Name des Vereins nicht erscheint, weil – so sagen sie – der VDS in gewissen Kreisen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Medien und der Politik nicht angesehen, nicht beliebt sei. Haben sich die Gewerkschaften in ihrer langen Geschichte bei der Durchsetzung ihrer Forderungen jemals darum gekümmert, ob sie von ihren Gegnern gemocht wurden? Haben die Umweltschützer bei spektakulären Aktionen Tarnkappen benutzt, um ihre Identität zu verschleiern? Ist ein Verein mit 500 Professoren nicht wissenschaftlich seriös genug, so dass man wegen des angeblichen Mangels an Prestige nicht mit ihm reden dürfte? Liegt es nicht eher an der Natur der gegen den konventionellen Strich gebürsteten Forderungen zur Anwendung der Wissenschaftssprache Deutsch? Die Profiteure des aktuellen Systems wollen nämlich weder dem „ungeliebten“ Verein, noch irgendeiner kleinen Gruppe wissenschaftlich ausgewiesener Privatleute auch nur einen Fußbreit entgegenkommen! Ob der Gegner mit einem reden möchte, liegt im politischen Streitgeschäft nicht daran, ob er einen mag, sondern daran, ob er es sich im wohlverstandenen eigenen Interesse leisten kann, das substanzielle Gespräch zu verweigern. Wer mit einer Gewerkschaft nicht sprechen möchte, weil er den Stil ihres Vorsitzenden nicht schätzt, muss eventuell mit einem Streik im eigenen Bereich und herben finanziellen Verlusten rechnen.

Angesichts der galoppierenden Verdrängung der Landessprache auf wichtigen Feldern, auf denen die Zukunft dieses Landes angebahnt wird, kann Sanftmut nicht das Auftreten des VDS bestimmen. Die dünne Luft geistreicher Argumente hat noch nie einen Sturm politischer Reformen angefacht, weder bei der Modernisierung des Arbeits- oder Mitrechts, noch bei der Gleichstellung der Frau oder beim Schutz der Umwelt. Freche, auffällige Aktionen schaffen eher Aufmerksamkeit und emotionale Solidarität. Leider ist das Gros unserer Mitglieder aus der passenden Altersgruppe schon herausgewachsen. Mancher hält den Vorwurf der Sachbeschädigung beim Zettelkleben an Mauern und Schaufenstern für einen

schwerwiegenden Einwand gegen solche Aktionen. Sanftmut können sich nur die leisten, die ohnehin alle Macht in der Hand haben und unwiderstehlich wie ein Panzer die deutsche Sprache niederwalzen. Wer die Sprachmacht eines Großkonzerns hat und mit einem Schlag die Plakatwände eines ganzen Landes mietet, kann als erster ein neues – natürlich englisches oder englisch klingendes - Wort propagieren, um einen neuen Gegenstand oder eine neue Dienstleistung zu bezeichnen.

Die Konsumenten verbinden gern einen neuen Gegenstand fest mit dem Wort, das sie bei seiner öffentlichen Präsentation zum ersten Mal gehört haben. Wer einmal „Laptop“ ins Gedächtnis aufgenommen hat, will ungern wieder umlernen, nur weil ihm ein VDS-Mitglied in seinem Bekanntenkreis zuflüstert, er solle doch lieber „Klapprechner“ sagen. Er stimmt vielleicht sogar zu, dass ein deutsches Wort anschaulicher ist. Die gelernte Verbindung zwischen Gegenstand und Wort sitzt aber bereits fest verankert in seinem Gehirn. Er mag achselzuckend denken, dass die fremden Ingenieure das Recht besitzen, den Gegenstand, den sie hervorgebracht haben, zu taufen. Hierzulande müssten schon Autoritäten auftreten, die den „Klapprechner“ propagieren. Was ihm privat zugeraunt wird, hält der Bürger eher für einen Scherz und sieht keine Veranlassung, solch neckische Wörter in seinen persönlichen Sprachgebrauch zu übernehmen. Wer heute über sein Ladengeschäft „hair factory“ pinselt, tut es, weil der große Konkurrent in der Innenstadt es tut, weil die Verbandszeitschrift so redet und weil überhaupt die gesamte Geschäftswelt es so macht. Nie käme unser „Hairdresser“ als funktioneller Teil-Analphabet auf die Idee, im deutschen Wörterbuch nachzusehen, einen gebildeten Menschen um Rat zu fragen oder seinen alten Lehrer anzurufen. Er benimmt sich als Angehöriger einer Herde, schaut auf die Leittiere und orientiert sich an denen.

Der VDS muss also Leitwolf werden und andere Leitwölfe um sich scharen. Dazu reichen nicht Argumente und kulturelle Appelle, sondern er muss in Dingen der Sprache das Verhalten eines Leitwolfs zeigen. Dazu gehört der umfassende Anspruch, dass im allgemeinen Sprachgebrauch neue Dinge mit sprachlichen Bordmitteln dieses Landes bezeichnet werden, also durch Wortbildungen aus vorhandenen Wortstämmen wie z.B. beim interessanten Neuwort „Laufband“. Gelungene Neuwörter müssen in Aussprache und Schreibweise mit der Standardsprache harmonieren. Fremdsprachliche Wörter sind einzubürgern, damit die Sprecher und Schreiber genau und geschmeidig mit ihnen arbeiten können. Aus dem „strike“ wurde früher „Streik“, nun müssen aus „Handy“ „Händi und aus „peanuts“ „Pienatz“ werden, wenn die Erdnüsse nicht mehr genügen. Plumpe Eins-zu-eins-Übernahmen aus anderen Sprachen sind als bürger- und konsumentenfeindlich, schlicht als politisch unkorrekt zu unterlassen. Dies muss der offensiv propagierte Grundsatz sein. Da wir jedoch nicht zur Stunde Null anfangen, sondern eine lange denglische Phase hinter uns haben, müssen wir gegenüber den vielen, leider längst eingeführten, denglischen Wörtern keine Verfolgung organisieren. Wir sollten sie aber beharrlich dem oben beschriebenen Integrationsprozess unterwerfen, wie es erfolgreich die Polen, Spanier oder Schweden tun.

Bedarf für Wortschatzarbeit

Für eine zukunftsorientierte Wortschöpfungsarbeit brauchen wir zweierlei: Zum einen die gemeinsame oder doch weit verbreitete Überzeugung, dass unsere Sprachgemeinschaft diese Arbeit bewusst tun muss, wenn sie ihre Selbstbestimmung über die wichtige gesellschaftliche Ressource unserer Landessprache wieder gewinnen will. Leugnung des Problems und Blockade jeglicher Lösungsansätze vermittelt

- taschenspielerhafter statistischer Tricks („Nur 6.000 Anglizismen gegenüber 600.000 deutschstämmigen Wörtern!“);
- unhistorischer Vergleiche („Französische Wörter sind auch von selbst wieder verschwunden.“);

- biologisch-darwinistischer Beschwörungsformeln („Sprache muss sich natürlich und staatsfrei entfalten.“);

geschehen unverkennbar im Interesse jener, für die Freiheit die Freiheit des Wolfs im Schafstall bedeutet. Der Wille zur selbstbewussten nationalen Selbstbestimmung („Wir sind wieder wer, und wir tun keinem etwas.“) darf sich nicht in einer farbenfrohen Feier anlässlich einer Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land erschöpfen, sondern muss sich auf die alles verbindende Landessprache erstrecken.

Wir kommen unserem Ziel nicht näher, wenn wir die importierten und die Eigenbau-Anglizismen (Mobbing, Wellness, Beamer usw.) zwar kritisieren, gewissermaßen als linguistischen Landesverrat qualifizieren, die Wortbildung aber dem Zufall oder der Phantasie des Einzelnen zu überlassen. Eigentlich müssten Industrie und Wirtschaft diese Aufgaben Normungsausschüssen oder Kommissionen übertragen, die mit einem Geltungsanspruch für den gesamten deutschen Sprachraum arbeiten. Genau dies tun sie nicht, weil sie sich Rationalisierungsgewinne von einer weltweit einheitlichen Sprache versprechen und deshalb alle Sprachen außer Englisch zum Regionaldialekt herabstufen wollen. Mit kulturpolitischen Aspekten wie Tradition, Schönheit, Kreativität und Identität lässt sich gegen das große Geld schwer anrennen. Dies kann jedoch gelingen, wenn finanzielle Auswirkungen der Anglomanie erkennbar werden, also beispielsweise Kunden abspringen oder ganze Gruppen nicht erschlossen werden, weil man ihre Bedürfnisse nicht würdigt und an ihnen vorbeiwirbt. Der geldwerte Effekt ist allerdings schwer zu belegen, weil man auf Selbsteinschätzungen von Konsumenten angewiesen ist und beweiskräftige Vergleichszahlen für Umsätze mit oder ohne Anglizismen bei im Übrigen gleichen Bedingungen kaum zu ermitteln sind.

Der Konzern- und der Werbewirtschaft verzweifelt zuzurufen, sie müssten endlich von ihrem Ansatz „Eine Welt – eine Sprache“ abgehen und die Interessen der Konsumenten in den einzelnen Gegenden der Welt differenziert würdigen, hilft wahrscheinlich nicht. Die sprachliche Globalisierung hat sich durch den dogmatischen Tunnelblick längst so verfestigt, dass sie einer kritischen Analyse mit unerwünschten Argumenten in näherer Zukunft nicht zugänglich zu sein scheint. Dieses Land muss politisch dagegenhalten! Dazu gehört auf jeden Fall, dass wir eine kontinuierliche Wortbildung in Gang bringen, die genügend gesellschaftliche Beachtung findet, selbst, wenn die entschiedensten Globalisierer glauben, die Welt gehöre längst ihnen. Der Anglizismen-Index mit seinen aktuell 6.550 Einträgen und die Aktion „Lebendiges Deutsch“ mit den monatlichen Aufrufen an die Öffentlichkeit, „small talk“, „factory outlet“, „standby“ sinnvoll und pfiffig in die deutsche Alltagssprache zu übertragen, sind erste Ansätze, Wortschatzarbeit für die Modernisierung der deutschen Sprache zu leisten. In den Augen auch aufgeschlossener Mitbürger kennzeichnet diese Versuche wenn nicht etwas Sektiererisches, so doch ein privater Liebhabercharakter. Warum sollte sich der Vorstand eines mittelständischen Unternehmens auf das Wagnis einlassen, ein neues Erzeugnis seiner Firma aufgrund dieser privaten Empfehlungen für den Markt zu bezeichnen, wenn er damit rechnen muss, dass ihn morgen ganz andere Terminologie-Vorschläge erreichen? Da orientiert er sich doch lieber an der „natürlichen“ Entwicklung der Sprache und übernimmt die Wortprägungen von Sony oder Siemens!

Öffentliche Sprachverantwortung

Das französische System zur Wortschatzentwicklung ist seit etwa 30 Jahren öffentlich gesteuert und arbeitet erfolgreich. Die nationalen Ministerien führen Neologiekommissionen aus Experten für das jeweilige Arbeitsfeld des Ministeriums, z.B. die Bauwirtschaft, das Verkehrswesen oder die Informatik. Hinzutreten Fachleute der Sprachwissenschaft. Die Kommissionen, deren Arbeit durch die „Académie Française“ koordiniert wird, veröffentlichen ihre Wörterlisten im Amtsblatt, also mit höchster Autorität und höchster Öffentlichkeit. Zwar kann der Gebrauch bestimmter Termini nur staatlichen oder staatlich

geförderten Organisationen vorgeschrieben werden. Die übrigen Institutionen, Unternehmen usw. können sich der Empfehlungen bedienen, sind dazu aber nicht verpflichtet. Mit dieser staatlich gelenkten Terminologearbeit hat die französische Regierung die sprachlichen Auswirkungen der Globalisierung im Lande noch nicht im Griff, denn neoliberale Wirkungszusammenhänge der Wirtschaft werden nicht ausgehebelt. Der Staat nutzt allerdings den öffentlichen und öffentlich geförderten Bereich durch dessen Vorbildfunktion zur indirekten Steuerung der gesamten Gesellschaft.

An dieser systematischen Einflussnahme des französischen Staates auf die Sprachentwicklung, nicht zuletzt auch durch das bekannte Sprachschutzgesetz, die „Loi Toubon“, mag es liegen, dass jeder Versuch eines Autors, geistige Anleihen bei unserem Nachbarland zu machen, zu heftigen Reaktionen bei jenen Kreisen in Deutschland führt, die der angeblich natürlichen Sprachentwicklung – d.h. der Sprachmacht der Großunternehmen und der Medienwirtschaft – den Weg offen halten wollen. Kommt nur die Rede auf das französische System staatlicher Sprachsteuerung, ertönen bei uns wie aus einem Munde die Kampfpapieren „Nationalismus“, „staatliche Gängelung“, „Sprachpolizei“, „Obrigkeitsstaat“, „Starrheit der Sprache“, „Bürokratisierung“ usw. Die Klangfarbe dieser Stellungnahmen reicht von geringschätzig über verächtlich bis aggressiv. Vielleicht muss derjenige, der sich selbst unterwirft, jenen hassen, der sich wehrt.

Selbstverständlich ist die historische Entwicklung Frankreichs zum Zentralstaat anders gelaufen als die politische Entwicklung in Deutschland. Natürlich haben die beiden Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts die Sprache für ihre Propaganda dienstbar gemacht, aber nutzen nicht Diktaturen alle gesellschaftlichen Ressourcen eines Landes dazu, die Bürger zu knechten? Ist das vielleicht jemals ein Grund gewesen, den Arbeitsmarkt, das Steueraufkommen, das Sozialsystem, die politischen Institutionen, die Massenmedien usw., usw. aus jeder öffentlichen Verantwortung zu entlassen, einfach nicht mehr hinzuschauen? Nur bei der für jegliche gesellschaftliche Betätigung unentbehrlichen Ressource Sprache soll das der Fall sein, mit der oft gehörten Begründung, die Rechtschreibreform sei nicht so gut gelaufen? Wenn das keine ideologische Verbrämung massiver Herrschaftsinteressen ist! Im Übrigen existieren bereits gesetzliche Regelungen für einzelne Bereiche, denken wir an Verwaltung und Gerichte, an pharmazeutische Informationen, gefährliche Maschinen, Kinderspielzeug u.a.m.

Praktische Vorschläge

Wir benötigen im deutschen Sprachraum eine Quelle zur planmäßigen Entwicklung von Neuwörtern, die so viel Beachtung genießt, dass interessierte Bürger die Vorschläge für ihre praktische Arbeit aufgreifen können, ohne befürchten zu müssen, sie fielen auf linguistische Privatgelehrte herein.

- a) Angesichts der föderalen Kompetenz der Länder für Kultur wäre die Ständige Konferenz der Kultusminister eine geeignete Stelle, wo diese Aufgabe angebunden sein könnte. Das politische Ansehen der KMK ist nach dem jahrelangen Gezerre über die Rechtschreibreform und wegen der mühsamen internen Abstimmungsprozesse in dieser Institution allerdings in den Augen von Kritikern so angeschlagen, dass die Vergabe der neuen Aufgabe dorthin einen Vorwand liefern könnte, das Vorhaben insgesamt abzulehnen.
- b) Da die Landessprache mehr ist als nur Kultur, nämlich eine Grundressource für jegliche individuelle und gesellschaftliche Daseinsentfaltung, wäre die Bundesregierung verfassungsrechtlich befugt, zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse die Aufgabe zu übernehmen. Das französische Muster der Terminologiekommissionen bei den einzelnen Fachministerien zeigt einen Weg auf. Diese Lösung widerspricht nur auf den ersten Blick der deutschen Sprachtradition. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts haben

die Deutsche Bahn und die Deutsche Post die Fachterminologien systematisch aus dem Französischen ins Deutsche übertragen. Die gelenkte Sprachentwicklung war erfolgreich, denn die neuen deutschen Wörter sind zum großen Teil in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen.

- c) Wenn man der Auffassung sein sollte, es handle sich bei den Terminologiekommissionen weniger um Aufgaben der politischen Steuerung als um Vollzugsarbeit, käme für eine Ansiedelung anstatt der Bundesministerien auch eine obere Bundesbehörde wie das Bundesverwaltungsamt in Frage. Allerdings würde das politisch-optische Schwergewicht dann zu sehr auf die Verwaltung hin verschoben. Man könnte allerdings mit staatlich gesteuerter Wortschatzarbeit durch eine Terminologiekommission für den Bereich der öffentlichen Verwaltung beginnen. Ein dazu vereinbartes Modell-Projekt für Bund und Länder zwischen Senator Werthebach und dem Berliner VDS aus dem Jahre 2001 ist wegen des Wechsels im Senat leider nicht in Angriff genommen worden.
- d) Eine staatsferne Lösung könnte so aussehen, dass einer angesehenen Sprachinstitution wie der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (Darmstadt) oder dem Institut für Deutsche Sprache (Mannheim) die Aufgabe durch ein Bundesgesetz übertragen würde. Da diese Institutionen aber einer organisierten Sprachentwicklung noch ablehnend gegenüberstehen, müssten hier zunächst erhebliche Widerstände überwunden werden.
- e) Denkbar wäre auch eine gemischte öffentlich-verbandliche Lösung. Die Stiftung Deutsche Sprache könnte in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, einem Kultusministerium oder der Bundesregierung den organisatorischen Kern für eine systematische Wortschatzarbeit bilden. Unter den Ländern gibt es zwar eine lange Tradition, dass einzelne Länder Aufgaben für die Gesamtheit der Länder wahrnehmen, aber kaum Beispiele für eine Vermengung öffentlicher und privater Verantwortung. Da es sich hier nicht um hoheitliche Aufgaben handelt, sondern um eine Dienstleistung für die Sprachgemeinschaft im öffentlichen Interesse erscheint diese Mischlösung aber denkbar.

Ergebnis

Bei allen Varianten kommt es darauf an, dass die Wörterempfehlungen fachlich und sprachlich nicht besonders originell, sondern tragfähig sind. Dazu gehört vor allem, dass die Neuwörter möglichst aus vorhandenen Wortfamilien entwickelt werden. Die Zusammensetzung der Kommissionen aus anerkannten Fachleuten soll dafür die Gewähr bieten. Die Wörterlisten dürfen nicht allein in wenig verbreiteten Fach- und Verbandsblättern erscheinen, sondern sollten auch in offiziellen Organen wie Amtsblättern oder Gesetz- und Verordnungsblättern veröffentlicht werden. Die Einrichtungen der öffentlichen Hand sollten intern dazu verpflichtet werden, sich dieser Wörterlisten zu bedienen und die Anglizismen zu vermeiden. Dadurch kann für den übrigen Teil der Gesellschaft eine Vorbildwirkung entstehen. In jedem Fall ließe sich so der Beweis erbringen, dass die Kreativität der Landessprache wieder intakt ist und die gegenwärtige Flucht aus der deutschen Sprache nicht an der natürlichen Sprachentwicklung liegt, sondern aus wirtschaftlichen Interessen ganz bewusst geschieht.

Sämtliche Vorschläge lösen sich stark vom Verständnis zum Verhältnis von Staat und Sprache im Deutschland der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre Umsetzung erfordert einen breiten Konsens zwischen Politik und Gesellschaft. Die vor allem aus der Richtung der Konzernwirtschaft, der Wissenschaft und den Massenmedien zu erwartenden Einwände einschließlich der Versuche, eine offene politische Erörterung durch Totschweigen oder durch Aufrichtung von Tabus zu verhindern, dürften beträchtlich sein. Andere Organisationen, die eine solche Diskussion anstoßen könnten, als der Verein Deutsche Sprache sind zurzeit nicht in Sicht. Der Verein sollte sich das politische Ziel einer öffentlich verantworteten Wortschatzarbeit zur fortlaufenden Modernisierung unserer Sprache auf die Fahne schreiben

und nicht danach fragen, ob er dadurch in bestimmten Kreisen weniger gemocht wird. Seine Basis in der Gesellschaft und sein Ruf als manchen Kreisen lästige, aber insgesamt notwendige Einrichtung ist nach zehn Jahren des Bestehens soweit gesichert, dass ihm eine Kampagne für diese Vorschläge nur nützen kann. Eine Aufnahme der Landessprache als Zielnorm in die Verfassung, wie sie insbesondere von Bundestagspräsident Norbert Lammert gefordert wird, würde übrigens den Boden für die hier gemachten Vorschläge zu einem guten Stück bereiten.

Dr. Kurt Gawlitta, Jurist und Erziehungswissenschaftler, Autor belletristischer Literatur, Vorsitzender der VDS-Region Berlin / Potsdam, stellvertr. Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Sprachenpolitik in Europa“, Mitglied des französischen Sprachvereins „Défense de la Langue Française“ und Mitglied des wissenschaftlichen Beirat des italienischen Sprachvereins „Allarme Lingua“.